



Presseschau vom 31.08.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Neuer russischer US-Botschafter: „Sanktionen von EU und Kanada machen mir nichts aus“

Der neue Botschafter Russlands in den USA, Anatoli Antonow, hat die Entscheidung der EU und Kanadas kommentiert, ihn auf ihre Sanktionslisten zu setzen.

„Mir macht dieser Umstand nichts aus“, sagte der Diplomat in einem Interview mit der Zeitung „Kommersant“. „Ich gehe davon aus, dass ich in meiner neuen Position nicht die Notwendigkeit haben werde, nach Ottawa oder beispielsweise nach Brüssel auf Dienstreisen zu gehen.“

Antonow verwies darauf, dass er zu seiner Amtszeit als Vize-Verteidigungsminister Russlands Schritte hinsichtlich ukrainischer Ereignisse erläutern musste, unter anderem hinsichtlich der Tragödie mit dem Abschuss der malaysischen Boeing.

„Offenbar haben meine Auftritte den Nerv, die empfindlichen Stellen in den Positionen der EU und Kanadas getroffen, da sie so unangemessen und schmerzlich auf meine Interviews reagiert und Sanktionen gegen mich verhängt haben“, so Antonow weiter.

Den Schritt Brüssels und Ottawas bezeichnete er als kurzichtig. „Denkt man in Brüssel und Ottawa etwa, dass ich jetzt den Schwanz einziehen werde und die außenpolitische Linie Russlands nicht mehr verteidige? Das ist zumindest ein kurzichtiger Schritt, der erneut bestätigt, wie schlecht man im Westen russische Diplomaten kennt.“



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31724/29/317242942.jpg>

de.sputniknews.com: Russische Reporterin nennt wahren Grund für ihre Ausweisung aus Ukraine

Die Journalistin des russischen Staatssenders Perwij Kanal Anna Kurbatowa hat in einer Sendung den wahren Grund genannt, aus dem der ukrainische Geheimdienst SBU sie am Mittwoch des Landes verwiesen hat.

Dies hänge damit zusammen, dass sie den Konflikt in der Ukraine „falsch bezeichnet“ habe, erklärte Kurbatowa.

„In einem offiziellen Dokument hat man angegeben, dass von mir eine Gefahr für die nationale Sicherheit der Ukraine und ihre Souveränität ausgeht“, so die Journalistin.

Doch dann habe man ihr den wahren Grund genannt: „Das (die Ausweisung – Anm. d. Red.) sei damit verbunden, dass wir in unserer Reportage zum Unabhängigkeitstag der Ukraine die Geschehnisse im Donbass als Bürgerkrieg und nicht als russische Aggression bezeichnet hätten.“

„Man hat mir erklärt, dass ich alles Beliebige sagen darf: die russische Aggression und alle Synonyme, die mit Russland zu tun haben, seien erlaubt. Aber das Wort ‚Bürgerkrieg‘ sei verboten.“

Die SBU-Mitarbeiter hätten gar erklärt, dass einige von ihr angesprochene Themen wie die Rechtsordnung in Kiew eine innere Angelegenheit der Ukraine seien und sie darüber im russischen Fernsehen nicht sprechen dürfe.

Am Mittwoch meldeten mehrere russische Medien, eine Journalistin des Staatssenders Perwij Kanal sei in Kiew entführt worden. Später stellte sich jedoch heraus, dass sie von SBU-Agenten festgenommen wurde. Später erklärte der SBU, dass Kurbatowa des Landes verwiesen soll und dass gegen sie ein Einreiseverbot auf drei Jahre verhängt werde.

Die russische Reporterin soll zudem in letzter Zeit Drohungen bekommen haben. Dies hängt Medienberichten zufolge mit ihrer Reportage zum ukrainischen Unabhängigkeitstag zusammen, in der sie zu erklären versucht habe, warum dieser für viele Ukrainer ein trauriger Feiertag sei.

Vormittags:

de.sputniknews.com: „Trotz Differenzen“: Macron will Dialog mit Moskau zur Ukraine fortsetzen

Für Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist der Dialog mit Russland zur Ukraine-Situation weiter wichtig, obwohl Moskau und Paris verschiedene Ansichten zu dem Thema haben. Das hat er in einem Interview mit der Zeitschrift „Le Point“ betont.

Gegenüber der Zeitschrift erklärte der französische Präsident: „Was die Ukraine anbelangt, so haben wir dort ganz verschiedene Herangehensweisen. Dennoch haben wir vereinbart, einen Dialog zwischen den bürgerlichen Gesellschaften (Frankreichs und Russlands – Anm. d. R.) zu führen. Das Projekt des ‚Trianon-Dialogs‘ setzen wir in die Tat um.“

Laut Macron stimmen die Meinungen beider Länder aber im Bereich Klimapolitik überein. In dieser Frage zeige sich Moskau bereit, Paris zu unterstützen.

„Ich rede mit allen sehr direkt und offen. Ich bemühe mich, Differenzen, Berührungspunkte und Wege anzugeben, auf denen wir gemeinsam voranschreiten können“, betonte er.

In der vorigen Woche hatten die Spitzenpolitiker des Normandie-Formats (Frankreichs, Deutschlands, Russlands und der Ukraine) die von der Kontaktgruppe angekündigte „Schul-Waffenruhe“ im Donbass bei einem Telefonat unterstützt. Nur eine halbe Stunde nach dem Inkrafttreten der Waffenruhe soll die ukrainische Armee laut dem Kommando der selbsterklärten Volksrepublik Donezk bereits gegen diese verstoßen haben.

Frankreichs Präsident Macron hatte sich am 29. Mai im Schloss Versailles mit Russlands Präsident Wladimir Putin darüber verständigt, ein bilaterales Forum für die Bürgergesellschaft mit der Bezeichnung "Trianon-Dialog" zu schaffen.

[Ukrinform.ua: Konflikt in der Ukraine: Macron spricht über große Differenzen mit Putin](#)
Präsident Frankreichs Emmanuel Macron erklärte, dass er große Differenzen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen der Ukraine hat.

Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, sagte Macron in einem Interview mit der Wochenzeitschrift „Le Point“: „Ich spreche mit allen. Sehr direkt und sehr ehrlich... Wegen der Ukraine haben wir große Differenzen mit Wladimir Putin. Ich nehme das zur Kenntnis. Frankreich lässt ihn aber mit nichts davonkommen“.

Macron nimmt an den Verhandlungen zur Lösung des Konflikts in der Ukraine im sogenannten „Normandie-Format“ teil.

[Dan-news.info: „Bis 18:00 bis Mitternacht wurden Beschüsse der Umgebung von Jasinowataja, Spartak und des Gebiets des Volvo-Zentrums festgestellt. Von den Positionen des Gegners wurden 28 Mörsergeschosse der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen“](#) teilte der Vertreter der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feueinstellung mit.

Die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte haben mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen geschossen.

Informationen über Verletzte werden ermittelt.

de.sputniknews.com: Russlands neuer US-Botschafter: Sanktionen schaden US-Firmen – nicht den Russen

Um fast ein Drittel ist der Handel zwischen Russland und den USA wegen der US-Sanktionen eingebrochen – ein Minus von rund zehn Milliarden Dollar in zwei Jahren. Betroffen sind davon hauptsächlich US-Exporteure, nicht die russische Wirtschaft, wie Russlands neuer US-Botschafter Anatolij Antonow der Zeitung „Kommersant“ mitgeteilt hat.

Russland habe von den Sanktionen sogar profitiert, „durch die Ankurbelung der Inlandsproduktion und die Förderung der Handelsbeziehungen zu anderen Ländern“, sagte Antonow in seinem ersten Interview nach der Ernennung zum russischen Botschafter in Washington.

„Besonders viel haben jene US-Firmen verloren, die die eigene Führung gezwungen hatte, zukunftssträchtige Projekte in Russland aufzugeben.“ Dazu zähle beispielsweise das Vorhaben von ExxonMobil, Öl auf dem Arktisschelf zu fördern: Zehn Milliarden US-Dollar seien bereits in dieses Projekt geflossen.

Antonow äußerte, dass die US-Unternehmen den russischen Markt jedoch nicht verlassen wollen würden — trotz des Drucks der vorherigen Administration. „Es ist schon bezeichnend“, sagte er, „dass ausgerechnet die US-Delegation auf dem diesjährigen Petersburger Wirtschaftsforum die größte war.“ 140 Firmen aus den USA seien darin vertreten gewesen.

Er betonte zudem dass Russland nie darum gebeten habe, die Sanktionen aufzuheben und es auch nicht vorhabe das zu tun. Obwohl es sich offenkundig um einen nicht gerade freundschaftlichen Umgang mit Russland handele.

Doch wie dem auch sei: „Eine effektive Zusammenarbeit werden Russland und die USA nur auf die Beine stellen können, wenn im Dialog keine Druckmittel mehr eingesetzt werden, wenn es keinen Platz mehr gibt für Erpressung und den Versuch, dem Anderen den eigenen Willen aufzuzwingen. Der Ball liegt jedenfalls bei Washington“, so der neue russische Botschafter in den USA.

Antonow blickt auf über 30 Jahre Erfahrung im diplomatischen Dienst des russischen Außenministeriums zurück. Er war sowohl in der Ministeriumszentrale als auch im Ausland tätig. 2004 hatte er die Leitung des Departements für Sicherheits- und Abrüstungsangelegenheiten übernommen. Er hatte zahlreiche Regierungsdelegationen geleitet und Russland unter anderem bei den G8 bei den Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag und anderen Abkommen zur Rüstungskontrolle vertreten. Er war zudem der Leiter der russischen Delegation in den USA bei den Verhandlungen zum neuen START-Abkommen. Von Februar 2011 bis Dezember 2016 war er stellvertretender Verteidigungsminister gewesen und hatte in dieser Position die internationalen Beziehungen des russischen Verteidigungsministeriums verantwortet. Danach hatte er zurück in das Außenministerium gewechselt.

Der Kreml hatte im Herbst 2016 beschlossen, Antonow zum neuen Botschafter in den Vereinigten Staaten zu ernennen. Er gilt als Hardliner der russischen Westpolitik. Damals war in Moskau mit einem Sieg Hillary Clintons bei den Präsidentschaftswahlen in den USA gerechnet worden. Es war erwartet worden, dass das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten im Falle ihres Sieges angespannt bleiben würde. Trotz des Wahlsiegs von Donald Trump hatte der Kreml seine Entscheidung nicht revidiert. In der Tat war eine Normalisierung in den Beziehungen zwischen Russland und den USA auch nach Trumps Wahlsieg nicht eingetreten. Mehr noch: Washington hatte weitere Sanktionen gegen Russland verhängt.

Antonows Vorgänger, Sergej Kisljak, hatte seine diplomatische Mission in Washington offiziell am 22. Juli abgeschlossen. Es wird angenommen, dass er seine Karriere im Föderationsrat, dem Oberhaus des russischen Parlaments, fortsetzt.

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der DVR mit. Beschossen wurden die Gebiet von **Frunse, Donezkij, Krasnyj Liman und Kalinowka**. Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.**

de.sputniknews.com: „Jetzt kommen wir im Sommer“: Mit Neonazi-Slogans zu Fußball-

WM – Fifa reagiert

Rechte Online-Vertriebe haben einen neuen Weg gefunden, um die „Hetzpresse“, wie sie sie nennen, zu reizen. Diesmal sind es T-Shirts mit Aufdrucken wie „Russland 2018 - Diesmal kommen wir im Sommer“, dazu ein Fußball und Soldaten in Wehrmachtshelmen.

„Das T-Shirt-Motiv ist klar geschichtsrevisionistisch und spielt mutmaßlich auf die Schlacht von Stalingrad an“, erklärte die Linken-Politikerin Juliane Nagel, gegenüber Sputnik. „In diesem Sinne wäre es sogar ahistorisch, denn die Wehrmacht kam ja auch 1942 im Sommer“, so die Sprecherin für Kinder-, Jugend- und Migrationspolitik der Linksfraktion im Sächsischen Landtag.

In den letzten Jahren sei es üblich geworden, sagte Nagel, dass auf den ersten Blick unpolitische, "lustige" Online-Shops T-Shirts und andere Sachen mit Neonazi-Slogans und Motiven bedrucken. Eine Facebook-Gruppe, welche die Shirts vertreibt, nennt sich Deutsche Fun Shirts. Aber im Prinzip handelt es sich für Nagel um nichts weiter als die Fortführung der schon bestehenden Neonazi-Label, die meist als Mailorder nur angestammte Kundschaft erreichen. Sie führt aus:

„Mittels Verbreitung sozialer Medien können solche Shops nun auch noch weitere Käuferschaften finden. Ähnliches gilt für den Online-Shop ‚Shirtshop‘. Der Betreiber, Sven Liebich, der sich selber einmal als Aussteiger, also ehemaligen Neonazi bezeichnet hat, druckt seit Jahren sogenannte ‚lustige‘ und eben neonazistische T-Shirts. In Ostdeutschland gibt es zahlreiche solcher Neonazi-Labels.“

Dass eben nun via Facebook & Co. geworben werde, sei einfach Kalkül: Dort sei eine viel größere Menge an potenziellen Kunden zu erreichen, also auch die, denen ein Klick auf eine, auch vom Namen her zu erkennende Neonaziwebsite, noch zu viel wäre.

Auch die Fifa verurteilt das Motiv

„Die Fifa hält an Null-Toleranz gegenüber jeder Diskriminierungsform fest und hat einen Mechanismus, um feierliche und respektvolle Atmosphäre in den Stadien zu gewährleisten“, teilte das Presseamt der Fifa am Montag in einem Gespräch mit RT mit.

Der Weltfußballverband habe ein dreistufiges System zur Bekämpfung von Diskriminierung in den Stadien. Dieses System sei beim Konföderationen-Pokal 2017 in Russland mit Erfolg erprobt worden. Die T-Shirts mit Nazi-Symbolik stuft die Fifa als eine „Erscheinungsform von Rassenintoleranz“ ein und werde damit nicht ins Stadion lassen, so das Presseamt weiter. Der Verfassungsschutz wurde durch Sputnik um einen Kommentar gebeten, dieser steht bisher noch aus.



https://pbs.twimg.com/media/DDASwWwXcAAUO_o.jpg:large

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Letland hat Angst vor... sowjetischen Partisanen**

Die Sicherheitsdienste Lettlands haben die Pläne der Menschenrechtler, ein Denkmal für die Kämpfer gegen Faschisten aufzustellen, als Sicherheitsbedrohung eingestuft, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Donnerstag.

Yanis Kuzins, der die Interessen der russischsprachigen Minderheit in Lettland vertritt, wurde von der lettischen Sicherheitspolizei einbestellt. Der Grund war die Veröffentlichung eines Artikels in der Zeitung „Iswestija“ über die Pläne der Initiative „Bewegung gegen Nazismus“, ein Denkmal für den sowjetischen Partisan Wassili Kononow aufzustellen. Im Artikel hieß es, dass die Gedenkstätte allen sowjetischen Partisanen gewidmet sein werde, die gegen Nazi-Deutschland gekämpft hatten. Die Sicherheitspolizei bezeichnete diese Informationen als eine mögliche Bedrohung der nationalen Sicherheit des Landes.

„Ich war etwa zwei Stunden im Sicherheitsdienst. Ich erklärte, dass das Denkmal allen Partisanen gewidmet sein wird, die auf der Seite der Anti-Hitler-Koalition kämpften. Die Vertreter der Sicherheitspolizei hoben hervor, dass Wassili Kononow in Lettland als Verbrecher gilt und die Aufstellung eines Denkmals für diesen Partisan unmöglich ist. Ich wurde nach Kontaktinformationen eines potentiellen Architekten und weiteren Details unserer Initiative gefragt“, sagte Yanis Kuzins. „Die Hysterie um das Denkmal wurde von einheimischen Medien erzeugt, die über das ‘Denkmal für den Henker Kononow‘ und unsere angeblich ‚kremltreue Initiativen‘ schrieben“.

Die lettische Sicherheitspolizei erklärte gleich nach der Veröffentlichung des „Iswestija“-Artikels die Bereitschaft, die Initiative der Aktivisten zu prüfen. Laut der Sicherheitspolizei kann die Verbreitung von Informationen über die Pläne zur Aufstellung eines Denkmals als Beispiel der „Informationshandlungen Russlands gegen Lettland“ betrachtet werden. Zudem hieß es in der Behörde, dass in den russischen Medien immer öfter Tendenzen zu einem manipulativen Umgang mit historischen Fragen zu erkennen sind.

„Das Ziel dieser Informationen ist die Verbreitung von Berichten über Ereignisse in Lettland, die die geopolitischen Interessen Russlands fördern“, hieß es seitens der Sicherheitspolizei. Die lettische Sicherheitspolizei ist für das Sammeln von Informationen, die Analyse von Risiken und Bedrohungen der nationalen Sicherheit zuständig. Laut einigen Menschenrechtlern ist die Hauptaufgabe dieses Gremiums, Aktivisten und Organisationen Widerstand zu leisten, die um die Rechte der russischsprachigen nationalen Minderheit im Lande kämpfen.

Laut dem Kovorsitzenden des vereinigten Kongresses der russischen Gemeinden, Alexander Gaponenko, übernahm der Leiter der Sicherheitspolizei, Normunds Mežviets, nach den Krim-Ereignissen de facto die Rolle des Chefideologen Lettlands. Er leitet Verfahren gegen nicht loyale Aktivisten wegen jeglicher Aussagen ein – ob in Sozialen Netzwerken oder in der Presse.

„Ich war etwa zwölfmal in der Sicherheitspolizei. Es gab Durchsuchungen in meinem Büro, im Landhaus und zu Hause. Nach mehreren Versuchen, ausgeklügelte Beweise meiner ‘antistaatlichen Tätigkeit‘ zu entdecken, wurde gegen mich ein Strafverfahren wegen angeblicher Entfachung zwischennationaler Konflikte eingeleitet. Im Oktober findet die Anhörung vor Gericht statt. Der Anlass war mein kritischer Kommentar zur Präsenz der Nato-Truppen in Lettland und jährlich stattfindender Umzüge der Radikalen am 16. März“, sagte der Menschenrechtler.

Dnr-online.ru: Am 31. August genau um 12 Uhr mittags läuteten in der Schulen der DVR die Glocken zur Erinnerung an die getöteten Kinder des Donbass im Rahmen der Aktion „Läuten für die Engel des Donbass“, die vom Informationsministerium der DVR initiiert und vom Bildungs- und Wissenschaftsministerium, der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ und dem Museum des militärischen Ruhms des Donbass unterstützt wurde. An der Aktion nahmen auch Autofahrer, Unternehmen in Donezk und anderen Städten der DVR teil.

Die Leiterin der Donezker Filiale des Museums des militärischen Ruhms des Donbass Marija Pirogowa sagte, dass dies nicht die erste Aktion zur Erinnerung an die getöteten Kinder ist. „Im letzten Jahr gab es eine Kundgebung und in diesem Jahr haben wir beschlossen, den Menschen auch in den anderen Städten unserer Republik die Möglichkeit zu geben, das Andenken der von den ukrainischen Faschisten getöteten Kinder – unserer Engel - zu ehren. Am 1. September beginnt das Schuljahr, aber wir haben beschlossen, dass die Schulglocke auch für die Kinder läuten muss, die sie nicht mehr hören können. Die Aktion haben auch große Unternehmen unterstützt – Fabriken – und auch viele Autofahrer haben zum Gedenken an die getöteten Kinder gehupt. Die Aktion war für alle!“, sagte sie. Marija Pirogowa äußerte die Hoffnung, dass einfache Menschen auf der ganzen Welt von den getöteten Kindern erfahren und verstehen, dass die ukrainische Regierung im Donbass friedliche Bürger tötet. Nach offiziellen Angaben wurden während des Krieges im Donbass in der DVR 76 Kinder getötet, in der LVR 33. Aber nach einigen Angaben ist die Zahl noch höher – 145 Kinder.

de.sputniknews.com: Welche Nato-Waffen kann Polen der Ukraine schenken?

Im Vorfeld der russisch-weißrussischen Übungen „West-2017“, die am 14. September beginnen, erfinden westliche Medien unter dem Vorwand der Militärmanöver immer neue

Szenarios einer Invasion durch Russland, schreibt die Zeitung „Moskowski Komsomolez“ am Donnerstag.

Das russische Verteidigungsministerium sowie viele westliche Analysten betonen, es gäbe keine Anzeichen dafür, dass Russland irgendjemanden angreifen wolle – die Übungen würden im Voraus angekündigt und hätten reinen Verteidigungscharakter. Weißrussland hat demnach sogar vorgeschlagen, Beobachter aus der Ukraine, Polen, Schweden, Norwegen, den Baltikum-Ländern sowie von verschiedenen Organisationen, darunter die UNO und die Nato, nach Weißrussland zu entsenden.

Doch die Baltikum-Länder und die Ukraine beruhigen sich nicht und spitzen die Situation weiter zu. Die Europäer verstehen allerdings, dass es sich bei den Aussagen „Die Russen kommen!“ nur um Erpressung handelt – „Geben sie uns Geld zum Kampf gegen den Aggressor!“ — Deswegen beeilen sich die Freunde Kiews nicht, der Ukraine Geld bereitzustellen.

Der ukrainische Generalstabschef Viktor Muscheko traf sich am Mittwoch mit seinem polnischen Kollegen, Generalleutnant Leszek Surawski und besprach eine „mögliche Bedrohung, die von den russisch-weißrussischen Übungen West-2017 ausgeht“. Der ukrainische General stellte beim Treffen die Frage nach einer möglichen Lieferung von Nato-Waffen durch Warschau an Kiew.

„Unsere Verbündeten können immer mit der Hilfe Polens rechnen. Die Ukraine gehört zu diesen Verbündeten“, sagte Surawski. Zugleich hob er hervor, dass Warschau trotz der guten Beziehungen zur Ukraine nicht einfach so neue Nato-Waffen bereitstellen könne, weil dazu die Zustimmung anderer Mitgliedsstaaten der Allianz erforderlich sei.

Laut dem Militärexperten Viktor Murachowski kündigte Polen die Lieferung von US-Flugabwehrsystemen Patriot an die Ukraine an. Doch das würde erst in eineinhalb bis zwei Jahren möglich sein. Polen bekomme ebenfalls die Leopard-2-Panzer aus Deutschland. Doch es sei klar, dass Deutschland auf keinen Fall die Übergabe selbst eines Teils dieser Panzer an ein Drittland billigen werde. Polen habe auch die F-16-Kampffjets aus den USA. Doch auch sie können nicht an Drittländer geliefert werden.

Alles andere seien kleinere Waffen wie Schusswaffen, Munition für Artillerie und Mehrfach-Raketenwerfer. Das alles bekomme die Ukraine ohnehin aus anderen Ländern wie Bulgarien und Kroatien, so der Experte. Es sei kaum wahrscheinlich, dass diese Waffen das Kräfteverhältnis an der Trennungslinie im Osten der Ukraine beeinflussen können. Der ukrainischen Armee würde dort nichts helfen. Dieser Konflikt könne auf militärischem Weg durch Kiew nicht gelöst werden. Zudem sei keine Rede von irgendwelchen neuen Nato-Waffen für die Ukraine, sagte der Experte. Die Nato liefere an Kiew ausschließlich alte Waffen. Dabei spiele Polen nicht die Hauptrolle. Großbritannien lieferte an Kiew abgemusterte Wagen und Panzerwagen Saxon, die USA – alte Hummer-Fahrzeuge. Im Rahmen der Militärhilfe wurden der ukrainischen Armee vier bis fünf Radaranlagen für die Artilleriebekämpfung bereitgestellt. Zugleich behaupten „westliche Freunde“, wie anständig sie seien und den „Kämpfern für deren Freiheit“ helfen würden.

[Ukrinform.ua: Verteidigungsminister Großbritanniens besucht Ukraine](#)

[Der Verteidigungsminister Großbritanniens Mark Lancaster beginnt am Donnerstag, 31.](#)

[August, seinen Besuch in die Ukraine.](#)

[Das meldete die britische Botschaft in Kiew auf Twitter.](#)

[„Heute beginnt der Besuch des Verteidigungsminister Großbritanniens Mark Lancaster in die Ukraine, wo er sich mit britischen und ukrainischen Militärangehörigen treffen wird“, heißt es.](#)

[Dan-news.info: Kommentar Denis Puschilins zu den Ergebnissen der Videokonferenz der](#)

Kontaktgruppe

Im Rahmen der heute stattgefundenen Videokonferenz hat die DVR ihre Unterstützung der Realisierung des „Schulwaffenstillstands“ bestätigt und die Vorschläge der Teilnehmer über Maßnahmen zur Verhinderung einer Verschärfung der Situation an der Kontaktlinie, die Notwendigkeit der Durchführung von Ermittlungen und Bestrafung der an den Verletzungen des „Regime des Ruhe“ Schuldigen begrüßt.

Wenn man berücksichtigt, dass etwa 80 Prozent aller festgestellten Beschüsse durch die ukrainischen Streitkräfte in Richtung Awdejewka-Jasinowataja und Awdejewka-Flughafen erfolgt sind, sind wir an Untersuchungen dieser Vorfälle und der Anwendung der härtesten disziplinarischen Mittel in Bezug auf die Schuldigen äußerst interessiert. Mehr noch, zur Stabilisierung der Situation in dieser Richtung haben wir vorgeschlagen, die ukrainischen Freiwilligenbataillone von diesem Abschnitt abzuziehen.

Der „Schulwaffenstillstand“ kann, wenn auch nicht unbefristet, so doch sehr ausgedehnt sein, aber dafür müssen beide Konfliktseiten Anstrengungen einbringen.

Der Leiter der Delegation der DVR bei den Verhandlungen in Minsk, der Vorsitzende des Volkssowjets Denis Puschilin

[ukrinform.ua: Verletzungen von Waffenruhe zum Schuljahresbeginn: Videokonferenz der Ukraine-Kontaktgruppe begonnen](#)

Die trilaterale Kontaktgruppe zur Lösung der Situation in der Ostukraine führt eine Videokonferenz wegen Verletzungen der Waffenruhe zum Schuljahresbeginn durch die so genannte „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“.

Das teilte die Sprecherin des ukrainischen Vertreters in der Gruppe Leonid Kutschma, Darka Oliner, auf Facebook mit. Die Videokonferenz imitierte die Ukraine am 29. August.

Die trilaterale Kontaktgruppe hatte am 23. August die Waffenruhe zum Beginn des Schuljahres vereinbart. Die Terroristen halten die Waffenruhe aber nicht ein.

[Lug-info.com: „Die Videokonferenz der Kontaktgruppe endete absolut ohne Ergebnis“, teilte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego auf seiner Facebook-Seite mit.](#)

„Wie anzunehmen war, hat die ukrainische Seite diese nur initiiert, um eifrige Aktivitäten vorzuspielen bei gleichzeitigem völligen Fehlen realer Handlungen zur Gewährleistung der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung“, bemerkte Dejnego.

[Lug-info.com: Kiew konnte bei der Videokonferenz der Kontaktgruppe keinerlei Vorschläge zum Maßnahmen zur Gewährleistung der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung im Rahmen des „Schulwaffenstillstands“ vorlegen, teilte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego mit.](#)

„Leider gibt es ein völlig Unverständnis über das Ziel dieser Videokonferenz. In den OSZE-Berichten sind Verstöße von Seiten der Ukraine festgehalten. Der allererste, der in den Berichten auftaucht, ist am 25. August um 09:39. Natürlich steht im Bericht nicht, dass dies das Territorium der Ukraine war, aber nach den Angaben befanden sie sich in Muratowo und hörten in einem Abstand von etwa 5 km Schüsse. Objektiv ist das jenes Territorium, das von der ukrainischen Seite kontrolliert wird.

Selbst zu diesem ersten Fall der Verletzung des Regimes der Feueereinstellung, den die ukrainische Seite durchgeführt hat, konnten die Vertreter der Ukraine auf der Videokonferenz nichts sagen. Mehr noch, sie haben sich im Prinzip in jeglicher Weise vor Antworten auf Fragen gedrückt, welche Maßnahmen von der ukrainischen Seite unternommen werden, um eine absolute Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung im Zusammenhang mit dem Beginn des Schuljahrs ergriffen werden.

Von unserer Seite aus hat die OSZE-Mission keinen einzigen Verstoß festgestellt, obwohl sie auf einer Sache herumhacken, als bei uns Schüsse auf einem Übungsplatz waren. Sie haben dies als Information über einen wahrscheinlichen Verstoß angegeben, obwohl es keiner war. Unsere Soldaten haben Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt und werden das auch weiter tun, aber dort, wo dies im Rahmen der Minsker Vereinbarungen möglich ist. Natürlich können wir es uns nicht erlauben, die militärischen Kenntnisse unserer Soldaten nicht zu vervollkommen, weil sie sehr wichtige Aufgaben haben, die Unabhängigkeit der Republik zu verteidigen, aber dennoch, an der Kontaktlinie ist die Situation absolut unter Kontrolle. Wir lassen keinerlei Verstöße von unserer Seite aus zu.

Leider habe ich nicht verstanden, warum die Ukraine diese Videokonferenz initiiert hat, sie konnten nichts Wesentliches sagen, außer allgemeinen Phrasen „ja, wir wollen“.

Entschuldigen Sie, ihr „wir wollen“ war schon oft in Minsk zu hören.

Auf meine direkte Frage, was es jetzt konkret zu sagen gibt, wo morgen der 1. September ist, im Rahmen der Gewährleistung einer Kontrolle des Regimes der Feueereinstellung, war auf dieser Videokonferenz absolut nichts zu hören. Alle Antworten werden wir möglicherweise am 6. September auf der der Sitzung der Arbeitsgruppe zu Sicherheitsfragen unmittelbar in Minsk hören, aber dennoch, der 1. September ist morgen und bis zum 6. September ist noch einige Zeit.

Wahrscheinlich hat die ukrainische Seite diese Videokonferenz initiiert, um eifrige Aktivitäten vorzuspielen, bei völligem Fehlen realer Handlungen.“

de.sputniknews.com: Geheime Waffendeals: Syrische Opposition unterstützt IS
Syrische Rebellen, die auf dem Militärstützpunkt At-Tanf an der syrisch-irakischen Grenze von US-Soldaten ausgebildet werden, verkaufen amerikanische Waffen an die Terrormiliz Islamischer Staat (auch Daesh, IS). Das behauptet der ehemalige Chef des Sicherheitsdienstes des syrischen Sektors der Militärbasis, Muhammad Assalam.

Assalam sprach von einer „versteckten Unterstützung“ für die IS-Terroristen.

„Diese versteckte Unterstützung fand ihren Ausdruck im Waffenverkauf an den IS“, so der Ex-Sicherheitschef. „Als wir davon erfahren haben, haben wir die Amerikaner darüber informiert. Doch sie haben ihre Unterstützung für den Kommandeur (Anführer der Gruppierung „Mahavir as-Saura“ Mugannat Attalia), den sie uns vorgesetzt haben, nur weiter intensiviert.“

Die Kämpfer-Gruppierung Mahavir as-Saura gehört zur sogenannten Freien syrischen Armee, einer der wichtigsten bewaffneten Oppositionsgruppen Syriens. Die Gruppierung war im Dezember 2016 mit der finanziellen Unterstützung der USA gegründet worden.

Die Rebellen sollen US-Waffen, darunter Panzerbüchsen, Kampffahrzeuge und M-16-Gewehre, in großem Umfang verkauft haben. Nach der jüngsten Revision der Amerikaner sei ein Fehlbestand von 4700 Gewehren festgestellt worden, so Assalam.

Er betonte zudem, es gebe es auf der At-Tanf-Basis Syrer, die gegen den IS kämpfen wollen. Andere wollten hingegen gegen die syrische Regierungsarmee kämpfen, wie beispielsweise die Anhänger von Mugannat Attalja.

„Sie (US-Soldaten – Anm. d. Red.) haben Syrer aufgefordert, gegen die syrische Armee zu kämpfen. Aber die würdigen Menschen haben das abgelehnt mit der Begründung, dass unsere Gruppierung für den Kampf gegen den IS und nicht gegen die Armee gegründet worden sei“, so Assalam weiter.

Der ehemalige Chef des Sicherheitsdienstes sprach zudem von dem Umgang der US-Soldaten mit der Zivilbevölkerung. Laut ihm sollen die Militärs die Zivilisten kaum beachtet haben. Und das, obwohl sich Flüchtlingslager weniger als 20 Kilometer von der US-Basis entfernt befinden. „Es fehlt jegliche humanitäre oder medizinische Hilfe, es gibt keinen Schutz der Zivilisten.“

Zuvor hatten 101 Menschen die US-Militärbasis At Tanf freiwillig verlassen und waren auf

das von syrischen Regierungskräften kontrollierte Territorium umgesiedelt.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz hat sich nicht wesentlich verändert.

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainischen Truppen das Regime der Feueinstellung sechsmal verletzt. Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Frunse, Donezkij, Krasnyj Liman und Kalinowka**. Die ukrainischen Streitkräfte haben bei den Beschüssen Granatwerfer und Schusswaffen verwendet. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 49 Granaten abgeschossen.

Es gibt eindeutig eine **positive Tendenz**. Von uns wird ein **Absinken der Verwendung schwerer Waffen** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Aber die **Zahl des Einsatzes von Scharfschützen- und Erkundungsgruppen hat zugenommen**. Ich möchte darauf hoffen, dass auch die Verstöße bald von Seiten der ukrainischen Streitkräfte beendet werden und es möglich sein wird, über eine Normalisierung der Lage und einen Abzug von Kräften und Mitteln im Gebiet von Staniza Luganskaja zu sprechen. Wir sind dazu wie immer bereit.

Nach uns vorliegenden Informationen arbeitet im Verantwortungsbereich der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Kommission des übergeordneten Stabs, die den moralisch-psychischen Zustand des Personals der Brigade überprüft, die Versorgung mit Waffen und allen Arten von Lebensmitteln sowie Fälle von grober Verletzung der militärischen Disziplin. Von der Kommission wurde bereits ein Fehlbestand an Waffen und Militärtechnik entdeckt, es wurden sechs Strafverfahren wegen Diebstahls von Treibstoff eingeleitet, zehn Verfahren zu eigenmächtigen Verlassen des Dienstortes und ein Verfahren wegen Nötigung eines Soldaten zum Selbstmord.

Eine neue Runde der Blockade der LVR und der DVR durch Vertreter nationalistischer Formationen der Ukraine, deren Beginn der Abgeordnete der Ukraine Semjon Sementschenko ausgerufen hat, wird negative Folgen nur für die Ukraine selbst haben.

Diese Person hält man selbst in der Ukraine schon für einen politischen Clown. Ich denke, dass es sich nicht lohnt, seine lauten Erklärungen ernst zu nehmen, weil sie zu einem großen Teil der PR wegen gemacht werden. Mögliche Folgen seiner Blockade haben schon Einwohner der Ukraine deutlich gemacht, die ihre Einschätzung verbreitet haben, dass den Lugansker Oblast in diesem Winter eine Energiekatastrophe erwartet, schlimmer als selbst in Altschewsk im Jahr 2006.

Und in militärischer Beziehung berührt dies eher die ukrainischen Streitkräfte als die Volksmiliz der LVR, weil zwischen den ukrainischen Streitkräften, der Nationalgarde der Ukraine und Freiwilligenbataillonen eine ständige Konfrontation läuft.

de.sputniknews.com: „Akustische Angriffe“ auf US-Diplomaten – Moskau bestreitet jede Verwicklung

Nach Medienberichten über mutmaßliche akustische Attacken auf amerikanische Diplomaten auf Kuba weist die russische Regierung jegliche Verwicklung zurück. Russische Diplomaten sind nach Angaben des Moskauer Außenministeriums wohl auf und haben selber über keinerlei „Attacken“ geklagt.

Der US-Sender CNN hatte unter Berufung auf Quellen aus Regierungskreisen in Washington berichtet, dass mindestens zehn amerikanische Diplomaten sowie Vertreter Kanadas und deren Familienmitglieder in Havanna mit „gesundheitsschädlichen Wellen“ attackiert worden seien, die außerhalb des hörbaren Bereichs erzeugt worden sein und bei den Betroffenen zu Schwindelgefühlen, Kopfschmerzen und anderen Gesundheitsschäden geführt haben sollen. Die russische Seite sei „in keine Ton-, Lärm- oder Musik-Attacken auf amerikanische Diplomaten in Havanna verwickelt“, sagte die russische Außenamtssprecherin Marija

Sacharowa am Donnerstag. Es sei "absurd und grotesk", überhaupt darüber zu reden. Sie betonte, dass es außer unbestätigten Medienberichten bisher „keine offiziellen Kommentare zu den Ursachen und zum Charakter des Unwohlseins amerikanischer Diplomaten“ gegeben habe.

Laut Medien sollen die akustischen Angriffe auf US-Botschaftsmitarbeiter in Havanna mehrere Monate gedauert haben. Als Reaktion habe das US-Außenministerium im Mai zwei kubanische Diplomaten aus den USA ausgewiesen. Die kubanische Regierung bestreitet jegliche Beteiligung und zeigt sich nach Angaben Washingtons bereit, bei der Aufklärung mitzuarbeiten.

Im Sommer waren FBI-Agenten und kanadische Polizisten zwecks entsprechender Ermittlungen nach Kuba gereist. Die Häuser betroffener Diplomaten seien durchsucht, es seien jedoch keine Geräte gefunden worden, die gesundheitsschädliche Wellen erzeugen könnten.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die ukrainische Seite verletzt weiter das Regime der Feuereinstellung unter Verwendung von verbotenen Waffen.

Insgesamt wurden **24 Verletzungen** des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Artillerie, Panzer, Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **sieben Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 14 Geschosse des Kalibers 122mm, ein Panzergeschoss, 13 Mörsergeschosse des Kalibers 12mm und 43 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner **eine Ortschaft** mit Schusswaffen beschossen. Die ukrainischen Soldaten aus der 72. mechanisierten Brigade unter dem Kommando des Kriegsverbrechers Sokolow weigern sich wie zuvor, die erreichten Vereinbarungen über ein weiteres Regime der Feuereinstellung einzuhalten, das seit dem 25. August in Kraft ist. Gestern **starb** in der Folge von Beschüssen von den Positionen dieser Brigade ein 29 Jahre alter **Verteidiger der Republik**, ein weiteres Opfer der „Einhaltung des Regimes der Ruhe“ durch die ukrainische Seite. Die Vertreter der OSZE-Mission wurden über das Geschehen informiert und haben den Fall registriert.

Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik halten unbeirrt weiter einseitig das Regime der Feuereinstellung ein. Unter diesen Bedingungen hat das Kommando der „ATO“ die Aufgabe gestellt, **inszenierte Aktivitäten vorzubereiten**, deren Ziel es ist, unsere Soldaten der Beschüsse von Territorien, die zeitweise von den ukrainischen Streitkräften besetzt sind, zu beschuldigen.

Am 29. August wurde von uns im Gebiet von Sachanka eine Drohne vom Typ Quadrocopter abgeschossen, mit deren Hilfe die ukrainischen Verbrecher die Aufklärung von Zielen und Vorbereitung von Daten für Beschüsse durchgeführt haben. Wir haben die Foto- und Videodateien von der Speicherkarte des abgeschossenen Quadrocopters studiert und interessante Fakten entdeckt. Wir stellen Ihnen Fotos vor, auf denen deutlich zwei Raketen eines Abwehr ракетenkomplexes sichtbar sind, vermutlich eines BUK, die von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte in unmittelbarer Nähe von ihren Positionen unweit von Wodjanoje hingelegt wurden.

Es ist am wahrscheinlichsten, dass diese Raketen nach den Plänen der Regisseure aus dem Stab der „ATO“ demonstrativ zur Detonation gebracht werden sollen, damit Beobachter der OSZE-Mission und Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination die Ergebnisse der Beschüsse, angeblich von Seiten der Streitkräfte der DVR, feststellen und dies dann über ukrainische Massenmedien verbreitet wird.

Außerdem wurde heute um 11 Uhr von den Positionen der 59. Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte ein Beschuss mit Mörsern des Kalibers 120mm auf das Zentrum von Somoschnoje vom nordwestlichen Rand dieser Ortschaft, die sich unter zeitweiliger Kontrolle der ukrainischen Truppen befindet, aus durchgeführt. So werden die Informationen über sich in Vorbereitung befindliche Inszenierungen, die das Ziel haben, die Streitkräfte der DVR der Eröffnung des Feuers mit verbotenen Waffen zu beschuldigen, bestätigt. Ich erkläre offiziell, dass unsere Soldaten das Regime der Feueereinstellung streng einhalten, was die Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination bestätigen. Die Beschuldigungen der ukrainischen Seite sind eine Lüge und eine Erfindung.

So bringt die ukrainische militärisch-politische Führung alle Anstrengungen ein, informationsmäßig entsprechende Vorwände zu schaffen, um die erreichten Vereinbarungen endgültig zum Scheitern zu bringen und den militärischen Konflikt wieder aufzunehmen.

Ukrinform.ua: Kurz: Situation im Donbass ist eine tickende Zeitbombe

Im Donbass sind laut dem amtierenden OSZE-Vorsitzenden und Österreichs Außenminister Sebastian Kurz dringende Maßnahmen erforderlich, um eine humanitäre und ökologische Katastrophe in der Region zu verhindern.

Der Konflikt im Donbass „verunreinigt“ das politische Klima zwischen Kiew und Moskau und beeinträchtigt die Beziehungen zwischen Russland und vielen europäischen und anderen Staaten, schreibt Kurz in Politico. Dem Donbass drohe eine humanitäre Krise und die Umweltkatastrophe. Wegen der Kampfhandlungen könnten Chlorspeicher, Chemiefabriken, Hüttenwerke, Schadstoffdeponien und Kohleminen beschädigt werden. Dieses Jahr sei ein Gebäude der Donezker Filtrierstation mit sieben Tonnen Chlorgas von Granatfeuer getroffen worden. „Diese Situation ist eine tickende Bombe“, warnt Kurz.

Der Minister betonte, dass alle Konfliktparteien die Infrastruktureinrichtungen als Sicherheitszonen respektieren müssen. Die Konfliktparteien müssten um das Wohl der Bevölkerung in der betroffenen Region kümmern und die politischen Konflikte in den Hintergrund stellen.

Dan-news.info: „In diesem Jahr werden in den Einrichtungen allgemeiner mittlerer Bildung mehr als 142.000 Schüler das neue Schuljahr beginnen“, teilte das Bildungs- und Wissenschaftsministerium der DVR mit.

Morgen werden insgesamt 485 Schulen die Tore für die Schüler öffnen.

Unter den Schülern sind mehr als 15.000 Erstklässler.

Dan-news.info. „Im Vorfeld des Tags des Wissens haben wir an die Kinder von Mitarbeitern von 19 Unternehmen, die unter äußerer Leitung der DVR stehen und Kinder von Mitarbeitern des staatlichen Unternehmens „Donezker Eisenbahn“ Schulsachen übergeben. 250 Kinder, die dieses Jahr in die erste Klasse kommen, haben solche Sets erhalten“, teilte die Leiterin des besonderen Stabs zur Überführung von Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion unter äußere Leitung der DVR Olga Posdnjakowa mit.

Nach ihren Worten haben die Kinder von Mitarbeitern von Stirol in Gorlowka, des Dokutschajewsker Gesteinkombinats, der Charzysker Rohrfabrik und der Jenakiewer Metallfabrik sowie anderer Unternehmern diese Geschenke erhalten. Zu den Sets gehören Zeichenkarton, Buntpapier, Malkästen, Pinsel und Füller, Bleistifte, Mappen usw..

Die Aktion wurde vom besonderen Stab mit Unterstützung des Oberhaupts der DVR Alexandr Sachartschenko durchgeführt.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/08/dan-news.info-2017-08-31_13-23-20_687351-dsc1911-1024x683.jpg

Dnr-online.ru: Zur Vermeidung von Unfällen wurde in der DVR mit der Inspektion nicht fertiggestellter Bauten begonnen. Darüber berichtete während einer solchen Inspektion der Leiter der staatlichen Architektur- und Bauinspektion der DVR Walerij Sidortschuk.

„Die Republik braucht einen gesetzlichen Mechanismus, der dabei hilft, das Problem der aufgegebenen nicht fertiggestellten Bauten zu lösen. Zu diesem Zweck hat die staatliche Architektur- und Bauinspektion für das 4. Quartal dieses Jahres Kontrollen von nicht abgeschlossenen Bauobjekten geplant, in der Folge soll die Situation in diesem Bereich analysiert werden und Vorschläge zur gesetzgeberischen Regelung des Problems erfolgen“, sagte er Leiter der Inspektion.

Im Ergebnis der Sicherheitskontrollen werden Vorschläge zur Durchführung der minimal notwendigen Arbeiten zur Konservierung solcher Objekte gemacht werden.

„Unter den nicht zu Ende gebauten Objekten gibt es solche, die noch in Ordnung gebracht werden können – dann ist es nötig, sie abzusperren, zu konservieren. Es gibt auch solche, an denen etwa 20 Jahre lang nicht gebaut wurde und die schon beginnen zu zerfallen. Wir werden eine Datenbasis zu solchen Objekten zusammenstellen und Vorschläge vorbringen“, erklärte Walerij Sidortschuk.

Nach ungefähren Einschätzungen gibt es in der Republik mehr als 150 nicht fertig gebaute Objekte, die ursprünglich als Wohnhäuser geplant waren. Allein in Donezk gibt es davon mehr als 80, in Makejewka mindestens 28, in Gorlowka mehr als 15, dazu kommen die nicht zu Ende gebauten Geschäftszentren, Bürogebäude und andere Infrastrukturobjekte. In praktisch allen großen Ortschaften der DVR sind aufgegebene Bauten anzutreffen. Oft sind solche Baustellen seit Jahrzehnten verlassen und häufig geschehen dort Unfälle.

Abends:

rusvesna.su: Insel Krim: Poroschenko wurde vorgeschlagen, einen Kanal vom Asowschen Meer zum Schwarzen Meer zu graben

Dem Präsidenten der Ukraine Petr Poroschenko wurde vorgeschlagen, einen Kanal vom Asowschen zum Schwarzen Meer auszuheben, um die Halbinsel Krim zu einer Insel zu machen.

Eine entsprechende Petition wurde im offiziellen Portal des Staatsoberhauptes registriert. Insgesamt müssen nur etwa 5 km gegraben werden, um Handelsschiffe aus dem Hafen von Mariupol ohne Verzögerungen durch die Bauarbeiten an der Kertsch-Brücke fahren zu lassen“, merkt der Autor der Petition an.

Für die Verbindung zur Krim schlägt der Initiator der Petition vor, eine Brücke im Gebiet von Tschongar zu bauen.

„Dies wird ein Durchbruch für die Asow - Schwarzmeerhäfen der Ukraine sein, der Zehntausende von Arbeitsplätzen schaffen wird“, heißt es in dem Aufruf.

Dnr-online.ru: Im Rahmen des Humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass führt die gesellschaftliche Organisation „Fonds Einiger Donbass“ ihre Arbeit weiter.

Während seiner Arbeit hat der „Fonds Einiger Donbass“ 441 Anträge in einer Gesamtsumme von 13.133.240 Rubel bewilligt, darunter 221 aus dem Donezker Oblast, 200 aus der DVR.

„Bis heute wurden 279 Zahlungen durchgeführt. Die Gesamtsumme der Auszahlungen beträgt 8.565.540 Rubel, davon wurden 4.476.245 Rubel in den Donezker Oblast gezahlt und 4.089.295 Rubel an Bürger der DVR“, teilte der Vorsitzende des Fonds Oleg Balykin mit.

Der Leiter des Fonds berichtete, dass die Kommission des Fonds etwa 2600 Anträge bearbeitet hat und auf der nächsten Sitzung ist geplant, weitere 500 zu behandeln. „Ich möchte ein weiteres, nicht weniger wichtiges Moment anmerken. An die E-Mail-Adresse des Humanitären Fonds zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass gehen weiter Dankesmails von gegenüber unserer Arbeit nicht gleichgültigen Mitbürgern ein. Wir wissen es zu schätzen, dass Sie unsere Arbeit anerkennen“, fasste Oleg Balykiin zusammen.

Derzeit geben die Mitarbeiter des Fonds Mitteilungen über die Entscheidungen der Kommission aus, klären Adressen von Postfilialen, wo die Antragsteller am bequemsten die materielle Unterstützung abholen können. Die Zahlungen aus dem 9. Protokoll werden bereits in der nächsten Woche beginnen.

de.sputniknews.com: **Moskau: Militante planen neuen C-Waffen-Angriff in Südwest-Syrien**

In Syrien hat eine bewaffnete Gruppe nach russischen Angaben chemische Waffen in ihren Besitz gebracht und will diese in Siedlungen im Südwesten des Landes einsetzen.

„Nach unseren Angaben hat sich die bewaffnete Gruppe Schabab as-Sunna Zugriff auf C-Waffen verschafft“, sagte die russische Außenministeriumssprecherin Maria Sacharowa am Donnerstag in Moskau.

In den Lagern dieser Gruppe in der Provinz Dar‘a „befinden sich mehrere mit Kampfstoffen gespickte Raketen“, sagte Sacharowa. „Nach unseren Angaben haben die Militanten vor, diese Munition in Wohnorten in Dar‘a einzusetzen, um dann der Regierungsarmee die Schuld zuzuschieben.“

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben ihre Taktik geändert und versuchen weiterhin die strategisch wichtigen Häuser im Gebiet der Straße Lugansk-Lisitschansk, die im Volk als Bachmutka bekannt ist, einzunehmen, indem sie unmerklich auf die Positionen der LVR

vorrücken. Dies berichtete der Kommandeur eines Zugs der Volksmiliz der LVR Leutnant Roman Sudarikow.

Er merkte an, dass die Kiewer Truppen sich bemühen, ein auf einer Anhöhe liegendes und von den LVR kontrolliertes wichtiges Teilstück der Straße einzunehmen. Der Kommandeur erinnerte daran, dass die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte mit dieser Absicht zuvor mehrfach erfolglos Durchbruchversuche im Gebiet von Smeloje, Frunse und Shelobok unternommen haben.

„Die ukrainischen Truppen brauchen diese Straße als Brückenkopf. Denn von ihr aus eröffnen sich gleichzeitig mehrere Richtungen für mögliche und überraschende Angriffe – von Branka und Stachanow bis hin zu Donezk“, erklärte Sudarikow.

„Früher haben die ukrainischen Streitkräfte dreister gehandelt und offen versucht, die Straße einzunehmen. Aber all diese Versuch haben erfolglos für die Angreifer geendet. Es reicht, sich an die kürzlichen Kämpfe in Shelobok zu erinnern“, sagte der Offiziere.

„Jetzt haben die ukrainischen Streitkräfte ihre Taktik geändert. Sie versuchen regelmäßig unmerklich auf unsere Positionen vorzurücken, wir sehen ständig ihre Aktivitäten, dass die überall hingehen, etwas suchen, versuchen zu provozieren, neue Positionen einzunehmen“, stellte er fest.

Der Vertreter der Volksmiliz erklärte, dass die Kiewer Truppen jetzt begonnen haben, eine Taktik der sogenannten „kriechenden Angriffs“ durchzuführen, und versuchen, in der Nacht unmerklich so nahe wie möglich an die Positionen der LVR heranzukommen.

„Wir haben den Befehl nicht zu schießen und keine erwidern Maßnahmen zu ergreifen und wir erfüllen diesen Befehl. Dennoch gelingt es dem Gegner nicht, etwas zu erreichen“, unterstrich der Soldat.

„Dabei helfen uns regelmäßige Übungen sehr, die mit den Einheiten und den Offizieren auf den Übungsplätzen durchgeführt werden. Auch wird der hohe moralische Geist unserer Soldaten deutlich“, erklärte er.

„Was nun den „Schulwaffenstillstand“ betrifft, so ist er hier praktisch nicht eingetreten. Beschüsse erfolgen täglich, das einzige ist, dass die ukrainischen Streitkräfte weniger Artillerie verwenden“, stellte Sudarikow fest.

de.sputniknews.com: USA fordern von Russland Schließung von Konsulat in San Francisco - binnen zwei Tagen

Die US-Regierung hat von Russland gefordert, bis zum 2. September sein Konsulat in San Francisco und zwei weitere diplomatische Einrichtungen in New York City und in Washington DC zu schließen. Dies teilte am Donnerstag das US-Außenministerium mit.

“Im Geist der von den Russen beschworenen Parität fordern wir die russische Regierung dazu auf, ihr Generalkonsulat in San Francisco, eine Kanzlei in Washington DC und eine konsularische Abteilung in New York City zu schließen. Die Schließungen müssen bis zum 2. September erfolgen“, hieß es in der Pressemitteilung des Ministeriums.